

Protokoll**A) Öffentlicher Teil****Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit**

Um 19:00 Uhr eröffnet Bgm. Herr Kalisch die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Kuhs und begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter, die Einwohner, Frau Neubauer vom Amt Güstrow-Land und informiert, dass GV Herr Finck entschuldigt ist. Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu 2. Unterbrechung der Sitzung für die Einwohnerfragestunde

Um 19:01 Uhr unterbricht Bgm. Herr Kalisch die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Kuhs für die Einwohnerfragestunde.

B)**Zu 3. Einwohnerfragestunde**

Frage	Antwort
GV Herr Köhler bringt den Wunsch nach einer Sitzgelegenheit entlang des Weges zum Spielplatz vor, da dieser insbesondere für ältere Menschen ohne Rastmöglichkeit sehr lang sei.	Bgm. Herr Kalisch greift den Vorschlag auf und regt an, im Zuge der Prüfung des neu hergestellten Gehwegs eine Bank – ggf. in der Nähe der Bushaltestelle – aufzustellen. Auch eine weitere Bank auf dem Weg zum Spielplatz sei denkbar. Die Kosten seien überschaubar, eine Umsetzung realistisch. GV Frau Tiede unterstützt den Vorschlag ausdrücklich.
Einwohner A erkundigt sich nach dem Stand der geplanten Bepflanzung und Dekoration des Kreisverkehrs an der Ringstraße. Zudem fragt er nach der Umsetzung der im Vorjahr verschobenen Maßnahme „Bürgersteig“.	Bgm. Herr Kalisch bestätigt, dass die Maßnahme im laufenden Haushaltsjahr eingeplant sei und noch in diesem Jahr umgesetzt werden solle, insbesondere im Hinblick auf die Problematik der Trinkwasserableitung.
Radweg- und Fußgängerwegprojekt / Multifunktionsgebäude	Zum Radwegprojekt gebe es laut Bgm. Herrn Kalisch derzeit keine neuen Informationen. Zum Fußgängerweg bestehen zwei Varianten: - Umsetzung im Zusammenhang mit dem Radweg (Kosteneinsparung) - Umsetzung im Zusammenhang mit dem Bau des Multifunktionsgebäudes (Feuerwehr/Veranstaltungen) Da sich sowohl Radweg- als auch Gebäudebau verzögern, soll in diesem Jahr eine provisorische Ausbesserung der starken Unebenheiten erfolgen (Anheben und Neuverlegen der Platten). Eine vollständige Sanierung ist erst nach Klärung der Gebäudekante und möglicher Leitungsveränderungen sinnvoll.

	Ein Fördermittelbescheid wird im Februar erwartet. Da die bewilligten Mittel geringer ausfallen als erhofft, soll zunächst eine abgespeckte Version (1. Bauabschnitt) umgesetzt werden. Zur Verfügung stehen SBZ-Mittel (Bedarfszuweisung) sowie zwei Beträge à 40.000 Euro für Stellplätze. Es ist geplant, engagierte Gemeindemitglieder zur Unterstützung einzubinden. Bauherrenversicherungen wurden angefragt; offene Fragen werden noch geklärt.
Einwohner A spricht die Nutzung von Materialien aus Windkraftanlagen an.	Bgm. Herr Kalisch erläutert, dass diese für den Weg zur Querlage sowie ggf. für die Bodenplatte des Multifunktionsgebäudes vorgesehen seien. Die Arbeiten verzögerten sich witterungsbedingt. Für das Gebäude sei zudem ein Bodengutachten erforderlich. Zur möglichen Sprengung der Fundamente wurde mitgeteilt, dass eine Genehmigung für diese Woche vorliegt. Ein geregelter Informationsablauf für Anwohner sei im Falle einer Sprengung vorgesehen.
Auskunft zum Gemeindevermögen	Auf Nachfrage wird erläutert, dass der Haushaltsplan im öffentlichen Teil einsehbar sei und entsprechende Informationen zugänglich sind.
Einwohner A kritisierte die ausschließliche Nutzung digitaler Informationswege (App, QR-Codes), insbesondere im Hinblick auf ältere Personen und mögliche Betrugsrisiken.	Bgm. Herr Kalisch räumt ein, dass bei der letzten Veranstaltung auf gedruckte Aushänge verzichtet wurde und dies künftig verbessert werden solle. Trotz Kosten- und Arbeitsaufwand seien zumindest Aushänge in Schaukästen sinnvoll. Mehrere Gemeindevertreter sprechen sich für eine Kombination aus digitalen und analogen Informationswegen aus (WhatsApp-Gruppe, Weiterleitung innerhalb von Gruppen, Aushänge). Es wird festgehalten, dass die Informationsverbreitung künftig breiter und zielgruppenorientierter erfolgen solle.

Die Einwohnerfragestunde wird anschließend geschlossen.

C)

Zu 4. Wiedereröffnung der öffentlichen Sitzung

Bgm. Herr Kalisch eröffnet um 19:18 Uhr wieder die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Kuhs.

Zu 5. Änderungsanträge zur Tagesordnung

Es ergehen keine Änderungsanträge zur vorliegenden Tagesordnung. Damit gilt die vorliegende Tagesordnung als gebilligt.

Zu 6. Billigung des öffentlichen Teils der Sitzungsniederschrift vom 16.10.2025

Änderungsanträge ergehen nicht.

Es folgt die Abstimmung über den öffentlichen Teil der Sitzungsniederschrift der GV-Sitzung vom 16.10.2025.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig dafür -

Damit ist der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift der GV-Sitzung vom 16.10.2025 gebilligt.

Zu 7. Bericht des Bürgermeisters über in nichtöffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse der Gemeindevertretung und wichtige Angelegenheiten der Gemeinde

Bgm. Herr Kalisch geht auf folgende Punkte in seinem Bericht ein:

Bgm. Herr Kalisch regt an, die Struktur der Tagesordnung zu überdenken, da viele wesentliche Themen bereits in der Einwohnerfragestunde behandelt wurden.

Das Osterfeuer ist für den 4. April in Zehlendorf geplant, sofern alles planmäßig verläuft.

Am 20. September findet die Landtagswahl statt. Hierfür werden noch sechs Wahlhelfer sowie drei Reservekräfte benötigt. Interessierte können sich direkt beim Bürgermeister melden. Die Organisation beginne bewusst frühzeitig.

Die Feierlichkeiten zum 740-jährigen Bestehen der Gemeinde sind für Anfang Juni (03.06.) vorgesehen. Als möglicher Termin wird auch der 4. Juli genannt, eine finale Abstimmung steht jedoch noch aus. Spätere Termine seien auf Grund weiterer Veranstaltungen – u.a. der Einweihung der Windräder im September – organisatorisch ungünstig. Die Planungen erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Sportverein und weiteren Akteuren.

Für Ende März (voraussichtlich 21. März) ist ein Treffen des Ältestenrates geplant. Ziel ist eine stärkere Einbindung der älteren Bevölkerung durch regelmäßige Austausch- und Beratungsangebote, z.B. zu häuslicher Pflege oder Antragsunterstützung sowie kleinere Veranstaltungen. Fragen zu Altersgrenze und geeigneten Räumlichkeiten befinden sich noch in der Abstimmung. GV Frau Tiede erklärt ihre Bereitschaft zur Mitwirkung.

Abschließend dankt Bgm. Herr Kalisch allen ehrenamtlichen Helfern – insbesondere der Feuerwehr – für ihre Unterstützung bei gemeindlichen Veranstaltungen. Zudem berichtet er, dass die Arbeiten an den Windrädern planmäßig verlaufen und der Rückbau der alten Fundamente kurz vor dem Abschluss stehe. Für das Multifunktionsgebäude werde im Februar ein offizieller Fördermittelbescheid erwartet, der die weiteren Planungen ermögliche.

Zu 8. Beschluss über die Annahme einer Spende, DS/07/25/016

Bgm. Herr Kalisch erläutert den Beschluss-Vorschlag, der die Annahme einer Geldspende betrifft. Er führt aus, dass es sich um eine Spende in Höhe von 1.000 Euro handelt, die von Herrn Armin Holst, dem Eigentümer des Landhotels aus Hennef, bereitgestellt wird. Die Spende solle für den Brandschutz verwendet werden. Bgm. Herr Kalisch fragt, ob es hierzu Erläuterungsbedarf gebe, und stellt klar, dass es lediglich um die Zustimmung zur Annahme der Spende gehe.

Es folgt die Abstimmung über die DS-Nr. DS/07/25/016.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Kuhs beschließt die Annahme einer Geldspende in Höhe von 1.000,00 € von Herrn Armin Holst, In der Aue 12A, 53773 Hennef (Sieg).

Die Spende wird wie folgt verwendet:

- 1.000,00 € für den Brandschutz

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der GV:	7
anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Zu 9. Beschluss über die Annahme einer Spende, DS/07/25/017

Bgm. Herr Kalisch verliest die Beschluss-Vorlage.

Es folgt die Abstimmung über die DS-Nr. DS/07/25/017.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Kuhs beschließt die Annahme einer Geldspende in Höhe von 220,00 € von Herrn Ulf Kalisch, Rostocker Chaussee 7B, 18276 Kuhs.

Die Spende wird wie folgt verwendet:

- 220,00 € für den Brandschutz

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der GV:	7
anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Zu 10. Beschluss der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 DS/07/26/018

Bgm. Herr Kalisch verliest die Beschluss-Vorlage. Im Anschluss erfolgt eine kurze Diskussion.

GV Herr Bruhn stellt Fragen zu den geplanten Investitionen.

Bgm. Herr Kalisch erläutert, dass eine Investition die Erneuerung eines alten Zählerschranks am sogenannten „Backsteinturm“ betrifft. Über diesen erfolgt die Stromversorgung des Dorfes sowie die Steuerung der Straßenlaternen. Der Zählerschrank sei nicht mehr auf dem aktuellen technischen Stand, offen zugänglich und stelle ein Sicherheitsrisiko dar. Eine Kostenschätzung habe im Vorjahr nicht eingeholt werden können, da kein Elektriker verfügbar gewesen sei. Nun liege eine Kostenschätzung vor, weshalb die Maßnahme im Haushaltsplan berücksichtigt werde.

GV Herr Bruhn spricht anschließend die geplante Anschaffung eines Anhängers für das Gemeindeauto an.

Bgm. Herr Kalisch erklärt, dass bisher ein privater Anhänger genutzt werde, der nicht der Gemeinde gehöre. Der geplante Anhänger solle eine Traglast bis 2,7 Tonnen haben und über eine hydraulische Kippfunktion verfügen, um u.a. Grünabfälle effizient transportieren und abladen zu können.

GV Herr Köhler fragt nach einer Nutzung für weitere Zwecke.

Bgm. Herr Kalisch betont, dass dies möglichst vermieden werden solle, um eine Überbeanspruchung zu verhindern.

Bgm. Herr Kalisch berichtet weiterhin von Problemen mit einem älteren Gerät der Gemeinde, das mehrfach repariert werden musste. Eine Rückrufaktion für die Elektronik habe nicht umgesetzt werden können, da Werkstätten nicht verfügbar gewesen seien. Zusätzlich seien Schäden wie eine durchgerostete Ölwanne und ein durchgescheuerter Antriebsschlauch aufgetreten. Er äußert die Hoffnung, dass das Gerät weiterhin einsatzfähig bleibe.

Bgm. Herr Kalisch erläutert, dass die Grundsteuer A und B verändert worden seien, die Hebesätze jedoch weiterhin moderat seien. Im Vorjahr sei ein aufkommensneutraler Durchschnitt gebildet worden. Es wird angemerkt, dass es Gemeinden gebe, die deutlich unter dem Durchschnitt lägen.

GV Herr Köhler weist darauf hin, dass nicht jeder in Gemeinden mit niedrigeren Steuersätzen umziehen könne.

Bgm. Herr Kalisch erklärt, dass die Hebesätze in der Vergangenheit gesenkt und mittlerweile wieder leicht angehoben worden seien, jedoch weiterhin unter dem Niveau von 2024 lägen.

Bgm. Herr Kalisch führt aus, dass die Gemeinde bei größeren Investitionen, wie dem geplanten Multifunktionsgebäude, auf Fördermittel angewiesen sei. Die eigenen Steuereinnahmen lägen deutlich unter dem Landesdurchschnitt, was bei Förderanträgen problematisch sei. Er betont, dass die Gemeinde auf Fördermittel angewiesen sei, um Vorhaben realisieren zu können.

Bgm. Herr Kalisch berichtet, dass die Gemeinde derzeit über einen Kassenbestand von knapp 800.000 Euro verfüge. Dieser werde jedoch durch geplante Investitionen deutlich reduziert. Für das Multifunktionsgebäude sei ein Eigenanteil von 260.000 Euro vorgesehen. Zudem seien mögliche Kostensteigerungen während der Planungsphase zu berücksichtigen.

Bgm. Herr Kalisch spricht das Thema Kita-Beiträge an und regt an zu prüfen, ob ein geringer Elternanteil sinnvoll sein könnte. Gleichzeitig äußert er Zweifel, ob die Ausgleichsmittel für die Gemeinden ausreichend seien. Er verweist auf die Belastung durch Umlagen.

Bgm. Herr Kalisch erläutert, dass u. a. Spielplatz, Gehweg, Flächenerwerb, Fahrzeughalle (2 Stellplätze), geringwertige Wirtschaftsgüter sowie die Ausstattung und der Neubau eines Spielplatzes Bestandteil der Planung seien.

Frau Neugebauer weist darauf hin, dass zur Kompensation des Wegfalls der Straßenausbaubeiträge seit 2020 eine jährliche pauschale Mittelzuweisung an die Gemeinden gemäß § 8a Abs. 4 KAG M-V erfolgt, die grundsätzlich auch für Straßenbaumaßnahmen genutzt werden könne.

Bgm. Herr Kalisch ergänzt, dass pauschalisierte Zuschüsse der letzten Jahre in die Planung für den Gehweg in Zehlendorf eingeflossen seien.

Es wird angefragt, ob Gemeindemitglieder Zugang zur Satzung, insbesondere zum Haushaltsplan, hätten.

Bgm. Herr Kalisch erklärt, dass Jahresabschlüsse sowie Haushaltssatzungen öffentlich einsehbar seien und online über die Bekanntmachungen der Gemeinde Kuhs abgerufen werden könnten. Dort seien auch weitere Dokumente, u. a. Informationen zu Wasser- und Bodenverbänden, hinterlegt.

Bgm. Herr Kalisch führt weiter aus, dass der Neubau der Ringstraße geplant sei. Zudem sei die Anschaffung einer Heckenschere vorgesehen, da bisher auf Fremdeigentum zurückgegriffen werde. Ziel sei es, die Ausstattung der Gemeinde langfristig zu vervollständigen.

Bgm. Herr Kalisch weist außerdem auf die gestiegene Kreisumlage hin.

Bgm. Herr Kalisch kritisiert abschließend Probleme bei der Abholung der blauen Tonnen im Landkreis. Diese seien zu Weihnachten nicht abgeholt worden. Die Kommunikation sei unzureichend, da lediglich ein QR-Code auf einen Kalender verweise, jedoch keine Ersatztermine

ersichtlich seien. Er bemängelt, dass Bürgerinnen und Bürger dadurch bis zu zwölf Wochen ohne Leerung auskommen müssten. Der Landkreis leite Anfragen lediglich an Alba weiter. Bgm. Herr Kalisch fordert eine klare Regelung und weist darauf hin, dass die Gemeinde seit Jahren für Mülltonnen zahle, jedoch keine gelben oder blauen Tonnen zur Verfügung gestellt bekomme.

Im Anschluss erfolgt die Abstimmung über die DS-Nr. DS/07/26/018.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der GV:	7
anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Zu 11. Beschluss der Brandschutzbedarfsplanung für FFW Kuhs, DS/07/25/011

Bgm. Herr Kalisch erläutert, dass der Tagesordnungspunkt die Fortschreibung der Brandschutzbedarfsplanung betrifft. Die Erstellung sei durch die Firma AntwortING erfolgt. Die Planung werde turnusmäßig alle fünf Jahre fortgeschrieben, die Bearbeitung habe sich jedoch verzögert. Die erste Lesefassung sei verspätet vorgelegt worden, zudem seien enthaltene Daten teilweise bereits veraltet oder fehlerhaft gewesen (u. a. Angaben zu Einsatzkräften, Geräteträgern, Führerscheinen und Löschwasserstellen). Viele Korrekturen seien durch die Gemeinde bzw. das Amt vorgenommen worden.

Bgm. Herr Kalisch äußert Kritik an der Qualität der Arbeit und regt an zu prüfen, ob künftige Fortschreibungen eigenständig erfolgen könnten, weist jedoch darauf hin, dass hierfür gegebenenfalls eine externe Stelle erforderlich sei.

Er betont, dass die Brandschutzbedarfsplanung als Arbeitsgrundlage für die Gemeinde diene und bestehende Defizite, beispielsweise am Feuerwehrhaus, aufzeige. Teilweise seien bereits Verbesserungen umgesetzt worden.

GV Herr Köhler fragt nach der Möglichkeit einer Rückforderung gezahlter Mittel auf Grund unzureichender Leistung.

Bgm. Herr Kalisch erklärt, dass dies bereits beraten worden sei, jedoch ohne abschließendes Ergebnis.

Abschließend führt Bgm. Herr Kalisch aus, dass die Brandschutzbedarfsplanung eine notwendige Grundlage zur Bewertung und Weiterentwicklung der Feuerwehr darstelle. Die aktuelle Situation der Feuerwehr sehe er weiterhin als herausfordernd an. Es folgt die Abstimmung über die DS-Nr. DS/07/25/011.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Kuhs beschließt die Brandschutzbedarfsplanung für die Gemeinde Kuhs bzw. für die Freiwillige Feuerwehr Kuhs in der Fassung vom 08.05.2025.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der GV:	7
anwesend:	6
Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Zu 12. Beschluss über die nachträgliche Zustimmung zur Durchführung eines Konzessionsverfahrens gem. § 46 EnWG zur Neukonzessionierung des Stromversorgungsnetzes in der Gemeinde Kuhs **DS/07/26/001**

Bgm. Herr Kalisch erläutert, dass die Gemeindevertretung über die nachträgliche Zustimmung zur Durchführung eines Konzessionsverfahrens gemäß § 46 Energiewirtschaftsgesetz zur Neukonzessionierung des Stromversorgungsnetzes der Gemeinde Kuhs zu entscheiden habe. Der bestehende Konzessionsvertrag mit der WEMAG Netz AG ende zum 31.12.2027. Die erforderliche Ausschreibung sei fristgerecht im Dezember des Vorjahres im Bundesanzeiger veröffentlicht worden. Interessierte Unternehmen hätten drei Monate Zeit, ihr Interesse zu bekunden. Bei nur einem Bewerber könne direkt in Verhandlungen eingetreten werden.

GV Herr Köhler weist darauf hin, dass Konzessionsverträge turnusmäßig alle zehn Jahre neu ausgeschrieben werden müssten. Er äußert die Einschätzung, dass voraussichtlich die WEMAG Netz AG alleinige Bewerberin sein werde.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die DS-Nr. DS/07/26/001.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kuhs beschließt, die nachträgliche Zustimmung zur Durchführung eines Konzessionsverfahrens gem. § 46 EnWG zur Neukonzessionierung des Stromversorgungsnetzes in der Gemeinde Kuhs.

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl der GV:	7
anwesend:	6
Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0
auf Grund des § 24 der KV an der Beratung und Abstimmung nicht mitgewirkt:	0

Zu 13. Anfragen und Mitteilungen

Es ergehen keine Anfragen und Mitteilungen.

D) Nichtöffentlicher Teil

- siehe Anlage -

Ausgefertigt am: 12.02.2026

Kalisch
Bürgermeister

Neugebauer
Protokollantin

Hinweis:

Diese Niederschrift wurde unter Verwendung von KI-Systemen erstellt.